

Neuwahlantrag an der Ärztekammer Wien vertagt

Misstrauensantrag gegen Präsident Steinhart gescheitert.

WIEN – Der in der außerordentlichen Vollversammlung der Ärztekammer für Wien am Dienstag, dem 10. Oktober, eingebrachte Misstrauensantrag wurde aufgrund der fehlenden erforderlichen Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen nicht angenommen. Von 81 gültigen Stimmen sprachen sich nur 44 für eine Abwahl aus, so eine Aussendung am Dienstag. Ärztekammer-Präsident Johannes Steinhart betont, dass er seine Kritiker überzeugen möchte. Der Antrag betreffend Auflösung der Vollversammlung und Anordnung von Neuwahlen wurde mehrheitlich auf die nächste Vollversammlung, die am 12. Dezember stattfinden wird, vertagt.

Steinhart: „Ich bedauere das Bild, das durch die politischen Kämpfe der letzten Monate entstanden ist. Deshalb bin ich froh, dass die heutige außerordentliche Vollversammlung bei einigen Themen Klarheit gebracht hat. Es muss jetzt endlich wieder Sacharbeit stattfinden – von den Honorarverhandlungen über Impfservice bis hin zu den Herausforderungen in den Spitälern.“

Die Mehrheit der Vollversammlung entschied sich zudem für eine bessere, gesetzlich geregelte Repräsentation von Frauen in Gremien der Ärztekammer. Der entsprechende Antrag auf Reißverschlussverfahren bei Kammerwahlen wurde angenommen. Damit wird das Vorhaben dem Gesetzgeber übertragen. **DT**

Quelle: Ärztekammer Wien

Work-Life-Balance ungenügend

Ärztekammer klagt über Ausbildungsmängel.



WIEN – Im Ausbildungssystem für Österreichs Ärzte fehlt die Zeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben kommt zu kurz. Auf diesen Teilaspekt der bereits im September präsentierten Evaluierungsstudie hat nun in einer Pressekonferenz die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) hingewiesen. Vizepräsident Harald Mayer und der Wiener Kammervize Stefan Ferenci appellierten an die Politik, diese Alarmrufe trotz der kammerinternen Streitigkeiten ernst zu nehmen.

Auf einer Skala von 1 bis 6 (alles unter dem Wert von 3,5 gilt dabei als „nicht genügend“) wurde die Frage, ob man die Ausbildung in der vertraglich fixierten Arbeitszeit zur eigenen Zufriedenheit erfüllen könne, unter den Befragten mit 3,67 bewertet. „In der Schule wäre das gerade noch ein schlechtes genügend“, sagte Mayer. Die Ärztekammer fordert, dass mindestens 20 Prozent der gesetzlich geregelten Arbeitszeit für echte Ausbildung reserviert sein solle.

Mangel an Teilzeitmöglichkeiten und Kinderbetreuung

Die Vereinbarkeit von Ausbildung und Privatleben wurde mit 3,94 bewertet. Es herrsche ein Mangel an Teilzeitmöglichkeiten und Kinderbetreuung, meinte Mayer. Und: „Wenn man den Kollegen bei der Arbeitszeit nicht entgegenkommt, dann kommt es dazu, dass sie davonlaufen“, warnte er. Ähnlich sah das Ferenci, der vom Ärzteswunsch zu lernen und lehren sprach. Wenn Spitalsträger und öffentliche Hand nicht auf den Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben hörten, dann gingen die Ärzte ins benachbarte Ausland und ließen sich in Deutschland und der Schweiz anwerben.

Derzeit arbeiten laut Kammer rund zehn Prozent der Ärzte in Ausbildung Teilzeit. Wünschen würden sich das aber 23 Prozent. Dies geschehe nicht aus Jux und Tollerei, so Ferenci, sondern meist wegen der Betreuungspflichten. Mehr Ausbildungsplätze benötige man nicht, betonte Mayer: Es gebe jedes Jahr rund 1.850 Absolventen in Österreich. Ginge man mit ihnen anständig um, würden mehr als derzeit jährlich 800 im Land bleiben. **DT**

Quelle: APA

Gesundheitssystem vor „großen Herausforderungen“

Pläne für die Gesundheitsreform vorgestellt.



PÖRTSCHACH – Das Gesundheitssystem stehe vor Herausforderungen, doch wenn alle an einem Strang ziehen, könne man es schaffen, hat die Kärntner Landesgesundheitsreferentin Beate Prettnner (SPÖ) nach der Konferenz der Landesgesundheitsreferenten am 17. Oktober in Pörschach am Wörthersee betont. Gemeinsam mit Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) wurden die Pläne für die Gesundheitsreform vorgestellt.

„Es war eine sehr umfangreiche Tagung, insgesamt haben wir 29 verschiedene Themen bearbeitet“, sagte Rauch. Im Zentrum stand dabei neben Pflege, Ausbildung und Impfen der Finanzausgleich. Dieser sieht zusätzlich 970 Mio. Euro pro Jahr für den Gesundheitsbereich vor. Davon würden 300 Mio. direkt an die Sozialversicherungen fließen. Von den übrig gebliebenen 670 Mio. seien 120 Mio. mit einem fixen Verwendungszweck, wie etwa Drittmittelfinanzierungen

Es war eine sehr umfangreiche Tagung, insgesamt haben wir 29 verschiedene Themen bearbeitet.

und Projekten zu Digitalisierung oder Gesundheitsprävention, blockiert. 550 Mio. Euro würden für die neun Bundesländer bleiben, Kärnten bekäme davon 30 Mio. Euro. Für Prettnner ein „Tropfen auf den heißen Stein“, denn alleine die Gehaltsvalorisierungen würden schon an die 60 Mio. Euro verschlingen. Die Realisierung von Initiativen, die unter anderem eine bessere Versorgung außerhalb der Spitäler ermöglichen sollen, sieht sie daher als große Herausforderung.

Gehälter, Ausbildung und Digitalisierung sollen ausgebaut werden

„Was wir bezwecken, ist, Reformschritte, die wir eingeleitet haben, fortzusetzen“, sagte Rauch. Im Bereich der Pflege sollen weiter Mittel in Gehälter und Ausbildung sowie in die Nahraumversorgung fließen. Auch die Digitalisierung soll weiter ausgebaut werden. Mit der Strategie „digital vor ambulant vor stationär“ soll die Patientenlenkung kosteneffizienter ausgestattet werden. Prettnner möchte zudem die Rufnummer 1450 gestärkt wissen. Wenn gewisse Probleme schon telefonisch abgeklärt werden könnten, würde dies helfen, dass Spitalsambulanzen weniger aufgesucht werden. „1450 wird immer mehr

Was wir bezwecken, ist, Reformschritte, die wir eingeleitet haben, fortzusetzen.

zur Schlüsselrolle im Gesundheitssystem“, so Prettnner. Der spitalsambulante Bereich soll außerdem durch Ärztezentren mit langen Öffnungszeiten entlastet werden.

Ulrike Königsberger-Ludwig (SPÖ), Gesundheitslandesrätin in Niederösterreich, wo die nächste Konferenz stattfinden wird, stellte drei besonders wichtige Beschlüsse vor. Im Bereich der „frühen Hilfen“ sei die Finanzierung gesichert. „Familien brauchen diese Unterstützung“, so Königsberger-Ludwig. Weiters werde in die Ausbildung für psychologische Betreuung von Kindern und Jugendlichen investiert, denn diese Gruppe sei durch die diversen Krisen sehr belastet. Der dritte Bereich betreffe die Umsetzung eines Impfprogramms.

Martina Rüscher, Gesundheitslandesrätin in Vorarlberg, erläuterte Details zu diesem Thema. Impfungen seien eine wichtige präventive Maßnahme. „Seit vielen Jahrzehnten setzen wir durch Impfungen auf die Gesundheit und wenden Krankheiten ab.“ Das Ziel von kostenlosen Impfangeboten sei es, die Impfquote wieder zu erhöhen. Bei der Pflege sei eine Kompetenzerweiterung der Pflegefachkräfte notwendig, also ständige Aus- und Weiterbildungen des

Seit vielen Jahrzehnten setzen wir durch Impfungen auf die Gesundheit und wenden Krankheiten ab.

Pflegepersonals. Mit entsprechenden Bildungsangeboten, einer „Attraktivierung des Berufsbilds“ und der aktiven Anwerbung aus dem Ausland will man auch dem Personalmangel in diesem Bereich begegnen. **DT**

Quelle: www.medinlive.at

